



Er wünscht sich eine Kirche, die sich einmischt: Martin Graf (Bild: Reto Schlatter)
Erstellt: 09.04.2014 13:54:13

«Auch Firmen profitieren von den Kirchen»

Abstimmung/ Regierungsrat Martin Graf sagt, warum der Kanton die Kirchensteuer für Firmen nicht abschaffen will. Von den Kirchen verlangt er mehr Mut zur Debatte.

Eine Initiative will die Kirchensteuern für Unternehmen abschaffen. Was nützen die Kirchen den Firmen eigentlich, Herr Graf?

Die Leistungen, welche die Kirchen erbringen, sind wichtig. Viele Projekte zielen darauf ab, Menschen in die Gesellschaft einzugliedern: von Beratungsangeboten für Jugendliche bis zur Seelsorge in den Gefängnissen. Davon profitieren auch Unternehmen. Zudem ist die Kirche Teil unserer Kultur. Das Fraumünster in Zürich oder das Kloster in Rheinau sind Kraftorte, die für den Tourismus-Standort Zürich attraktiv sind. Deshalb sind viele Firmen durchaus bereit, weiter Kirchensteuer zu zahlen.

Für Sozialprojekte gibt es doch Hilfswerke.

Die Kirchen haben einen breiteren Auftrag. Hilfswerke widmen sich der materiellen Besserstellung benachteiligter Gruppen. Kirchen kümmern sich darüber hinaus um die inneren Werthaltungen.

Und der Staat kann das nicht selbst?

Nein. Der Staat darf nicht die innere Haltung beeinflussen. Die Kirchen hingegen versuchen, die Seele zu berühren. Die Veränderung der inneren Haltung ist wichtig für Menschen, die in schwierigen Lagen den Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben finden sollen.

Die Kirche also als moralische Instanz?

Die Kirche bietet einen geschützten Raum, wo offen über Ethik, innere Werthaltungen und gesellschaftlichen Zusammenhalt nachgedacht werden kann.

Und erfüllt die Kirche diese Funktion?

Ich bin nicht sicher, ob sich die Kirche kritisch genug einmischt, mitdiskutiert, Stellung bezieht, wie das zum Beispiel «reformiert.» tut. Hat denn die Kirche brauchbare Antworten auf die globalen Probleme unserer Zeit? Wachstum, Beschäftigung, Migration oder Individualisierung und Vereinsamung in unserer Gesellschaft. Dazu hätte sie viel zu sagen.

Sie wüssten sich eine politischere Kirche?

Ja. Die Kirche sollte sich um die brennenden Fragen unserer Zeit kümmern, soll sich einmischen, mitdiskutieren und zur Bewusstseinsbildung im Sinne christlicher Werte beitragen. Ich nehme die Kirche manchmal als zu ängstlich wahr. Im Gegensatz zu politischen Parteien oder Interessenverbänden, die von eigenen Betroffenheiten geleitet werden, hat sie die gesamte Gesellschaft im Blick.

Die Religionslandschaft wird immer bunter. Inwiefern ist der Sonder-status der römisch-katholischen Körperschaft sowie der christ-katholischen und der reformierten Kirche noch gerechtfertigt?

Wir sollten uns bemühen, die Gesellschaft zu kitten und nicht auseinanderzuidividieren. Deshalb trete ich für eine Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften ein. Vorausgesetzt, sie organisieren sich demokratisch und legen ihre Bücher offen. Damit würden wir dem Trend zu Hinterhofkirchen entgegentreten. Mit der Anerkennung können wir sie in die Pflicht nehmen. Zum Beispiel in der Gefängnisseelsorge: Hier wäre eine Aufwertung der Arbeit der muslimischen Vertreter sehr willkommen. Die Imame sollen verstehen, dass Seelsorge eben weit mehr ist als religiöse Unterweisung.

Aber vor gut zehn Jahren wurde das Anerkennungs-gesetz wuchtig verworfen. In dessen Sog scheiterte sogar das Kirchengesetz. Keine guten Voraussetzungen für Ihre Pläne.

In dieser Sache braucht es halt mehrere Anläufe, doch irgendwann wird die Zeit auf beiden Seiten reif sein. Die kleine Anerkennung betrifft ja nicht nur den Islam. Auch orthodoxe Kirchen haben ein Interesse. Zuerst müssen sie jedoch die Anerkennungsvoraussetzungen erfüllen.

Kurz nach Amtsantritt haben Sie sich mit der katholischen Kirche angelegt und ihr vorgeworfen, sie verletzte in der Verfassung verbriefte Grundrechte. Warum sind die Steuern für die Katholiken trotzdem gut investiert?

Die Steuergelder bleiben ja in Zürich und gehen nicht nach Chur. Ich bin persönlich der Meinung, dass das Zölibat oder der Ausschluss der Frauen vom Priesteramt mit unserer Verfassung nicht vereinbar sind. Das sieht

vom Ehestand mit unserer Verfassung nicht vereinbar sind. Das sieht die Mehrheit der Zürcher Katholiken ähnlich. Ich kenne deren Haltung gut. Zudem wollen die Zürcher Katholiken an der Kirchensteuer für juristische Personen festhalten, während der Bischof von Chur mit einer vollen Trennung von Kirche und Staat liebäugelt. So wäre es für ihn einfacher, an seinen gesellschaftsfremden Vorstellungen festzuhalten.

Sehen Sie im Verhältnis zwischen Kirche und Staat grundsätzlichen Reformbedarf?

Zurzeit nicht. Das neue Kirchengesetz greift ab diesem Jahr zum ersten Mal in vollem Umfang. Gerade deshalb ist diese Steuerinitiative eine Zwängerei: Wir sollten nicht schon wieder Änderungen beschliessen, kaum sind neue Gesetze umgesetzt. *Interview: Felix Reich*

Umstrittene Steuern für die Firmen

Mit ihrer Initiative, die am 18. Mai zur Abstimmung kommt, will die Junge FDP die Kirchensteuern für Firmen abschaffen. Die Steuern auf dem Unternehmensgewinn dürfen die Landeskirchen heute nicht für kultische Zwecke verwenden. Kantonsrat und Regierungsrat lehnen die Initiative ab. SP, CVP, Grüne und EVP empfehlen ebenfalls ein Nein. Nur knapp hat sich die FDP zu einem Ja durchgerungen. Die Grünliberalen haben Stimmfreigabe beschlossen.